

C·A·PANORAMA

des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Bertelsmann Forschungsgruppe Politik
 Forschungsgruppe Deutschland
 Forschungsgruppe Europa
 Forschungsgruppe Jugend und Europa
 Forschungsgruppe Zukunftsfragen

Konstellationswandel in Europa

Die „Europa Strategie Konferenz“ diskutiert über Folgefragen der EU-Erweiterung

Die Europäische Union verfolgt derzeit einen Weg zwischen Pragmatismus und Konzeptionslosigkeit. Ohne eine grundlegende Debatte über die Ziele der Union und die Entwicklung langfristiger Strategien droht dem Integrationsprozess eine existenzgefährdende materielle wie strukturelle Überdehnung. So lässt sich die Diskussion von rund fünfzig Europa-Experten aus Politik und Wissenschaft zusammenfassen, die vom 12. – 14. Januar 2000 in Gütersloh stattfand.

Einen Schwerpunkt der einmal jährlich von der Bertelsmann Stiftung



Die Teilnehmer der Strategiekonferenz bei der Bertelsmann-Stiftung in Gütersloh

und der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik ausgerichteten Strategiedebatte bildeten die Folgefragen der EU-Erweiterung. Mit dem Beschluss von Helsinki, auch der Türkei den Kandidatenstatus zu verleihen, ist die Frage nach den Grenzen Europas im Prinzip beantwortet. Denn wer wird nach dieser Entscheidung der Ukraine oder auch Georgien das langfristige Recht auf einen Beitritt zu „Europa“ verwehren können? Damit überschreitet die Europäische Union aber den Raum ihrer derzeitige Selbstwahrnehmung als „Wir, die Europäer“. Dies führt zur Entgrenzung und wird den Charakter der europäischen Einigung grundlegend verändern, wie Prof. Werner Weidenfeld deutlich machte. Statt Debatten über die Grenzen der europäischen Identität zu führen, müssten jetzt die strategischen Folgefragen einer EU-28 zügig geklärt werden. Ansonsten drohe die EU näher an die Strukturen der OSZE zu rücken und sich von der Realisierung der bisherigen Visionen über ihre Finalität zu entfernen.

Bereits heute gibt es im politischen Alltag der Europäischen Union praktisch keine stabilen Koalitionen mehr. Statt dessen werden unterschiedliche Gruppierungen je nach Sachgebiet gebildet. In einer EU-28 werde sich

Fortsetzung auf Seite 9



C·A·Prolog

- Die Revolution
entlässt ihre Kinder 2

C·A·Profiliert

- Türkischer EU-Beitritt 3
- Zukunft der Politischen
Bildung in Europa 4

C·A·Programm

- Direkte Nachbarschaft 5
- Internationaler Tag
der Toleranz 6
- Inszenierung von Politik 7
- Transatlantische
Lerngemeinschaften 8
- Fortsetzung „Konstellations-
wandel in Europa“ 9

C·A·Panoptikum

- Europa und Nahost 10
- Runder Tisch zur
Politischen Bildung 10
- Rückkehr nach Europa 11
- EU-Zuschuss für FGJE 11

C·A·Personalia

- Expertenkolloquien zu
Bürokratischem Regimen 12
- Markus Meckel am GSI 13

C·A·Publikationen

- Neuerscheinungen 14/15

C·A·Postskriptum

- Ein Jahr Euro: eine Bilanz 16

C·A·Planung 16

Die Revolution entlässt ihre Kinder

Von Josef Janning

Die Globalisierung zwingt die Politik in einen Spagat: Einerseits fordert die Internationalisierung der Unternehmen dazu auf, in der Setzung der Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns mitzuhalten; andererseits verlangen die zahlreichen neuen Konflikte, Krisen und Kriege staatliches Handeln in ihrer klassischen Domäne – der Friedenssicherung. Das

eine öffentliche Gut kann nicht mehr national, das andere derzeit kaum anders als national erbracht werden.

Diese Dialektik der Gegensätze vereinfacht ein in der Realität der Politik komplizierteres Muster, wie drei Beispiele verdeutlichen. So hat die Politik über den Weg der Integration zumindest im (west-)europäischen Rahmen den Verlust nationaler Steuerungsfähigkeit in der Wirtschaft ausgleichen können – doch im Schritt von der Regionalisierung zur Globalisierung ringt die EU weniger um die Errichtung adäquater Steuerungsprozesse als um die Balance zwischen europäischer, nationaler und subnational-regionaler Ebene. So findet Wohlstandssicherung in zunehmend transnational strukturierten Unternehmen statt – doch die sozialen Implikationen werden primär national verarbeitet, über politische Prozesse, intermediäre Institutionen und Wahlen in streng

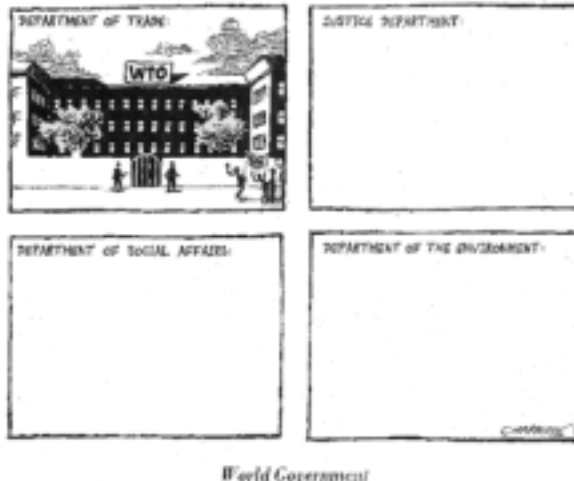
territorial definierten Gemeinwesen. So sind drittens Konflikte und Kriege, die lokal ausgetragen werden, selbst internationalisiert – durch ihre Präsenz in den Medien wie durch die von Ihnen ausgehenden externen Effekte in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Migration.

Die zentrale Herausforderung für die Politik lautet mithin, Instrumente und Verfahren flexibler internationaler Reaktion mit regionaler und lokaler Wirkung zu entwickeln. In diesem Sinn erweisen sich so unterschiedliche Politikansätze wie die WTO-Verhandlungen, internationale public policy-Partnerschaften zwischen Staat, Unternehmen und NGOs, aber auch die Fortentwicklung einer eigenständigen europäischen Krisenreaktionskapazität als Facetten derselben Aufgabe. Gleichzeitig kommt auf die Eliten in Politik und Gesellschaft die Aufgabe zu, ihre transnationalen Aktivitäten in dieser Richtung innenpolitisch zu vermitteln, in einer Lage, in der ein Teil der heimischen Öffentlichkeit weder Zugang zu den Problemstrukturen noch Anteil an deren Lösung und Regelung besitzt.

Der Blick auf die Bezugssysteme zeigt zudem: Akteure in Politik und Wirtschaft, deren Kommunikationsdichte sich ohnehin meist in eher ritualisierten Formen erschöpft, entfernen sich voneinander. Die Raumbilder der „share-holder“ der Wirtschaft und der „stake-holder“ der Politik sind längst nicht mehr deckungsgleich – nicht einmal mehr auf europäischer Ebene. Umso wichtiger wird der Brückenschlag zwischen beiden Bezugssystemen werden.

Zusammengenommen bietet die Frage der politischen Verarbeitung wirtschaftlicher Globalisierung ein breites Feld angewandter Politikforschung, sowohl was die Entwicklung von Konzepten und Strategien der Gestaltung angeht als auch in Bezug auf neue Formen der Kommunikation zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das C·A·P wird seine Projektarbeit in diesem Bereich verstärken.

Josef Janning ist stellvertretender Direktor des C·A·P



World Government

Aus: International Herald Tribune vom 30.11.1999, S.9

Geostrategische Konsequenzen eines türkischen EU-Beitritts

Von Dr. Sven Behrendt

Der Europäische Rat von Helsinki hat der Türkei eine Beitrittsperspektive eröffnet. Nachdem der Pulverdampf um diese Entscheidung verfliegen ist, wird sich Europa mit einer neuen geostrategischen Lage befassen müssen. Denn die neuen europäischen Grenzen im Osten der EU würden auf eine Nachbarschaft stoßen, die sich als alles andere als einfach herausstellen wird - den erfolgreichen Transformationsprozess der Türkei im Sinne der Kopenhagener Kriterien und erfolgreiche Beitrittsverhandlungen einmal vorausgesetzt. In der direkten Nachbarschaft der EU würden sich der Iran, Irak, Syrien, Georgien und Armenien finden. Die möglichen geopolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Konsequenzen einer Verschiebung der EU-Außengrenzen in den Kaukasus, den Nahen und Mittleren Osten sind heute erst zu erahnen.

Würde die Türkei heute der EU beitreten, wäre dies schlicht eine Katastrophe. Nicht nur wegen ihrer innenpolitischen und binnenwirtschaftlichen Konstitution, sondern auch wegen der fragilen Beziehungen zwischen der EU und den potenziellen Nachbarstaaten. Der Irak ist ein gespaltenes Land, das große ethnische, religiöse und tribale Konflikte verarbeiten muss. International kehrt der Irak nach dem zweiten Golfkrieg und nach seinen Anstrengungen, Massenvernichtungspotentiale aufzubauen, nur äußerst langsam in die internationale Staatengemeinschaft zurück. Allerdings besitzt der Irak auch große wirtschaftliche Potenziale: Er kontrolliert zehn Prozent der nachgewiesenen Erdölreserven.

Im Iran kämpfen derzeit das ideologische Erbe der islamischen Revolution Ayatollah Khomeinis und eine aufstrebende modernisierende Strömung um die zukünftige innen- wie außenpolitische Ausrichtung. Europa tut sich schwer, diesen Kampf zu bewerten. Die USA haben den Dialog mit dem Iran und damit Möglichkeiten der Einflussnahme ganz aufgegeben und beobachten europäische Annäherungsversuche mit Argwohn.

Syrien ist geprägt von wirtschaftlicher und politischer Stagnation; es hat allerdings das Potenzial, sich zu einem Hoffnungsträger zu entwickeln. Der erfolgreiche Abschluss der Friedensverhandlungen mit Israel könnte dem Land den politischen Raum bieten, einen umfassenden politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess einzuleiten. Sollte Präsident Assad den „großen Sprung“ wagen, würde die internationale Gemeinschaft Syrien massiv unter die Arme greifen.

Mit Armenien und Georgien im Nordosten der Türkei werden zwei Nachfolgestaaten der Sowjetunion an die Außengrenzen der EU stoßen, zu denen die Türkei zumindest im Falle Armeniens ein gebrochenes historisches Verhältnis hat. Zudem liegen diese Länder im Einflussbereich Russlands, das sich vorbehalten wird, an seiner südlichen Flanke auch weiterhin mit militärischen Mitteln seine territoriale Integrität zu sichern, wie die derzeitige Lage in Tschetschenien zeigt.

Auch wenn dies angesichts der derzeitigen Lage in der Türkei voreilig klingt: Teil der langfristigen Heranführungsanstrengungen der Türkei an Europa muss die Vorgabe an die EU sein, Vorkehrungen zur Sicherung der Außengrenzen der Türkei bzw. der EU durch die Stabilisierung der europäischen Beziehungen zum geostrategischen Raum des Mittleren Ostens zu treffen. Damit rückt ein geopolitischer Raum in den Vordergrund, der von Europa bislang immer als „trouble spot“ wahrgenommen wurde, der nun aber aktive gestalterische Politik verlangt.

Sven Behrendt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am C·A·P

Dramatische Konsequenzen einer Verschiebung der EU-Außengrenzen

Kampf um das ideologische Erbe Khomeinis im Iran

Sicherung der türkischen Außengrenze erforderlich

Politische Bildung in einem zusammenwachsenden Europa

Von Stefan Rappenglück

**Bildungsarbeit
muss Europa
transparent machen**

**Zunehmendes Kosten-
Nutzen-Denken in der
Politischen Bildung**

**Angemessene finanzielle
Ausstattung notwendig**

Einstellungsuntersuchungen der Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P zeigen, dass die weitere Unterstützung der europäischen Integration durch die Bevölkerung nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden darf. Die Bürgerinnen und Bürger betrachten die EU als fernes, komplexes und schwer verstehbares Konstrukt. Der Aufbau einer Loyalität ist kaum möglich. Insbesondere Jugendliche können den Bezug der europäischen Politik zu ihrer Lebensrealität kaum nachvollziehen. Deswegen muss eine europabezogene Bildungsarbeit mehr Transparenz schaffen und die Bedeutung des europäischen Einigungswerks für den Alltag der Bürgerinnen und Bürger vermitteln. Dies bedeutet keine kritiklose Vermittlung der aktuellen Entwicklungen. Vielmehr stehen die demokratische Gestaltung der EU und die Mitwirkungsmöglichkeiten ihrer Bevölkerung im Mittelpunkt der Bildungsziele.

Die Stärkung der europäischen Dimension innerhalb der Bildungsarbeit, die Förderung der Aus- und Fortbildung für Multiplikatoren sowie eine prinzipielle europäische Ausrichtung der Bildungsarbeit sind unerlässlich. Für diese Dynamik ist jedoch eine Verständigung über die Bedeutung der (nationalen) politischen Bildung notwendig. Die politische Bildung hat die Zeiten, in denen sie als ein wesentliches Element der Bildung verstanden wurde, hinter sich gelassen und muss sich inzwischen um ein neues Selbstverständnis, Legitimationen und Perspektiven bemühen. Es scheint, dass politische Bildung nicht mehr marktfähig ist und sich nur noch an den Bedürfnissen der Erwerbsgesellschaft orientiert. Bildungsträger müssen sich zunehmend an Maßstäben wie Effektivität, betriebswirtschaftlichem Kosten-Nutzen-Denken (ständiger Druck nach Zuwendungen) und Marktorientierung messen lassen. Einsparungen bei Personal führen verstärkt zu Einbrüchen bei der Qualitätssicherung. Die Konzentration auf Marketing, Qualitätskontrollen sowie die zunehmende Tendenz zur kurzfristigen Projektförderung beeinträchtigt eine kontinuierliche politische und pädagogische Arbeit: der bildungspolitische Auftrag gerät zwangsweise in den Hintergrund, die Aufrechterhaltung der Institution rückt immer stärker in den Vordergrund der Aktivitäten. Das Interesse an Jugendbildung und Bildungsurlaub unter den Adressaten stagniert, Weiterbildungsangebote für Fachkräfte müssen zeitlich immer kürzer durchgeführt werden.

Politische Bildung ist jedoch als integraler Bestandteil der Weiterbildung in allen Segmenten und als Querschnittsaufgabe für die Gesellschaft zu begreifen. Sie hat ein immer breiter werdendes Themenspektrum zu behandeln, unübersichtlicher werdende gesellschaftliche, ökonomische und soziale Zusammenhänge zu erläutern und auf neue Herausforderungen adäquat zu reagieren. Sinnvolle Angebote können jedoch nur auf der Basis einer besser angemessenen finanziellen Ausstattung erfolgen. Auf dem freien Markt ist politische Bildung nicht zu finanzieren. Um sich auf den Märkten der Zukunft dennoch behaupten zu können, müssen Synergie-Effekte stärker genutzt und Formen der Zusammenarbeit auf vielen Ebenen gesucht werden, z.B. zwischen schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit. In einem zusammenwachsenden Europa bedarf es einer grenzüberschreitenden politischen Bildung. Die demokratische Bürgergesellschaft im vernetzten Europa braucht den kompetenten Bürger, der größere Bereitschaft zeigt, eigenverantwortlich Aufgaben im öffentlichen Raum zu übernehmen. Der Prozess demokratischer Gestaltung in Europa bedarf dauernder Begleitung und Unterstützung. Hier spielt die politische Bildung eine entscheidende Rolle.

Stefan Rappenglück ist Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P

Direkte Nachbarschaft – EU-Ostpolitik nach der Erweiterung

Wird der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union zu einem neuen „Eisernen Vorhang“ zwischen Russland und den baltischen Staaten, Polen und der Ukraine führen? Oder besteht die Möglichkeit, Stabilität und Prosperität durch die EU-Integration über die Grenzen hinweg auszudehnen? Diese Fragestellungen stammen aus dem C·A·P-Projekt „Direkte Nachbarschaft“. Sie bildeten die Agenda für die Konferenz „Direkte Nachbarschaft – EU-Ostpolitik nach der Erweiterung“, die die Bertelsmann Stiftung mit dem C·A·P, der Handelskammer Hamburg und der Europäischen Akademie für Zivilgesellschaft Moskau am 16. und 17. März in St. Petersburg veranstaltete.



von links nach rechts: Alexej Arbatov (stellv. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der russischen Duma), Dr. Iris Kempe (C·A·P) und Stephan Stein (Leiter der Handelskammer Hamburg in St. Petersburg)

Es nahmen mehr als 100 Analytiker und Entscheidungsträger aus den westeuropäischen Hauptstädten, der Europäischen Kommission, aus Moskau, Minsk, Kiew, Chisinau, Warschau und Tallinn sowie aus strategisch wichtigen Regionen wie Kaliningrad und Lwiv, Archangelsk und Pskov teil.

Jenseits traditioneller militärischer Sicherheitsfragen wie der NATO-Osterweiterung und über monokausale Ansätze gutnachbarschaftlicher Beziehungen hinausgehend richtet sich die Debatte auf die wechselseitige Verknüpfung regionaler, nationaler und europäischer Risiken und Herausforderungen. Die Entstehung einer neuen Trennlinie zwischen Ost und West einerseits und die Bedrohung von Sicherheit und Stabilität der Union andererseits wurden als Supergau der Nachbarschaftsbeziehungen angesehen. Das „window of opportunity“ besteht gerade darin, den Raum zwischen den beiden Negativszenarien mit Konfliktprävention und grenzüberschreitender Kooperation so weit auszufüllen, dass die EU-Nachbarschaftsbeziehungen nachhaltig ein positives Vorzeichen erhalten.

Dazu formulierten die Konferenzteilnehmer einen ganzen Katalog sensibler Fragestellungen. Wie kann Kaliningrad an Europa angebunden werden? Wie begegnet man dem Wunsch der Ukraine, in die EU einzutreten? Wie kann Europa die weißrussische Demokratisierung unterstützen? Wie können West- und Osteuropa trotz der wirtschaftlichen, sozialen und administrativen Asymmetrien grenzüberschreitend zusammenarbeiten? Trotz der langen Problemliste wurden auch Erfolge bei der Ausgestaltung der Nachbarschaftsbeziehungen hervorgehoben. Zum Beispiel die Zusammenarbeit im Ostseeraum oder die Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und der Russischen Föderation sowie der Ukraine

Allerdings fehlt es derzeit noch an Gesamtkonzepten, mit denen sich das aus der EU-Osterweiterung hervorgehende Sicherheitsvakuum füllen lässt. Dementsprechend groß war das Interesse an den C·A·P-Strategien der Direkten Nachbarschaft, den bisher in diesem Rahmen entstehenden Problemanalysen sowie dem bis November 2000 vorliegenden Risikobericht.

Neuer „Eiserner Vorhang“ durch EU-Osterweiterung?

Nachbarschaft durch Konfliktprävention positiv gestalten

Internationaler Tag der Toleranz



Michel Friedman: „Der Respekt zueinander und vor jedem einzelnen ist das Schlüsselwort für eine moderne Gesellschaft, die den Pluralismus will.“

Internationalisierung und Globalisierung führen zu immer mehr Vielfalt in unserer Gesellschaft. Kontakte zwischen Angehörigen verschiedener Nationen, Kulturen, Religionen und Weltanschauungen nehmen zu. Das schafft Probleme, bietet aber auch die Chance für ein dauerhaft friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben der Menschen – ungeachtet ihrer Herkunft, Hautfarbe oder ihres Glaubens. Grundlage für ein demokratisches Miteinander in einer solchen Welt der Vielfalt ist die Toleranz. Am 16. November 1999 wurde deshalb anlässlich des von der UNESCO ausgerufenen Tages der Toleranz eine Podiumsdiskussion zum Thema „Toleranz – Grundlage für ein demokratisches Miteinander in einer Welt der Vielfalt“ im Rathaus der Stadt München veranstaltet.

Die Veranstaltung war Teil der von der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung ins Leben gerufenen internationalen Netzwerkinitiative „Erziehung zu Demokratie, Menschenrechten und Toleranz“ und wurde in Kooperation mit der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am C·A·P durchgeführt. Die Diskussion stieß auf großes öffentliches Interesse. Auf dem Podium diskutierten Julian Nida-Rümelin (Kulturreferent der Stadt München), Rosi Wolf-Almanasreh (Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main), Thomas Henschel (Direktor der European



Die Teilnehmer des Internationalen Netzwerkes im Münchner Rathaus

School of Governance an der Universität Erfurt und Fellow am C·A·P), Cem Özdemir (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) und Michel Friedman (Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland).

Im Anschluss wurden auf der Jahreskonferenz des Internationalen Netzwerkes „Erziehung zu Demokratie, Menschenrechten und Toleranz“ in der Evangelischen Akademie in Tutzing die Arbeitsergebnisse des letzten Projektjahres vorgestellt und im Hinblick auf die Perspektiven des Netzwerkes diskutiert. Geplant sind unter anderem die Konzeption einer Lehrerfortbildung, sowie die Entwicklung von Unterrichtsmaterialien zum Thema „The Power of Language - the Language of Power“. Ferner arbeitet das Netzwerk an einem ländervergleichenden „Toleranz-Report“, für den Fallstudien zur Toleranz-Erziehung gesammelt werden sollen. Als neuer Partner im Netzwerk wurde die Ben Aquino Foundation von den Philippinen begrüßt.

Einer der Höhepunkte der Konferenz war die Dinerspeech von Prof. Dr. Micha Brumlik, in der er eine demokratietheoretische Brücke zwischen Spinoza und Dewey schlug. Er schloss mit einem Zitat Deweys: „The only cure against the short comings of democracy is more democracy.“ Ziel der Netzwerkinitiative ist es eben in diesem Sinne, die Erziehung zu Demokratie, Menschenrechten und Toleranz auch im 21. Jahrhundert in das Zentrum bildungspolitischer Bemühungen zu stellen.



Prof. Dr. Micha Brumlik bei seiner Dinerspeech in Tutzing

Dritte Wege und Neue Mitte: Die Inszenierung von Politik

Der Begriff des „Dritten Weges“ steht seit Anfang der 80er Jahre für eine programmatische Fortentwicklung der Sozialdemokratie. Was in Neuseeland seinen Anfang nahm und 1997 durch Tony Blairs „Third Way“ in Europa Fuß fassen konnte, gelangte in der Person Gerhard Schröders und der von ihm im Bundestagswahlkampf propagierten „Neuen Mitte“ 1998 auch in der Bundesrepublik zu Popularität. Die Forschungsgruppe Deutschland des C·A·P stellte sich in ihrem zweitägigen „Deutschland-Dialog der neuen Generation“ mit Teilnehmern aus der Bundesrepublik und Großbritannien den Suchbewegungen und Antworten im Ländervergleich.

Wie der Leiter der Forschungsgruppe Deutschland, Prof. Karl-Rudolf Korte, ausführte, ist allen Dritten Wegen weltweit die Problemanalyse gemein, dass eine Reform des Wohlfahrtsstaates unumgänglich geworden ist. Als Folge verabschieden sich seine Verfechter von ehemals unantastbaren sozialdemokratischen Paradigmen. Stattdessen formulieren sie eine Politik, die – wie es Dr. Heribert Dieter (Universität Duisburg) zusammenfasste – die Gleichheit der Chancen und die Pflichten des Einzelnen ebenso in den Mittelpunkt rückt wie die Absage an eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik. Wie groß der Mobilisierungseffekt der diffusen Begriffe Dritter Weg und Neue Mitte tatsächlich ist, verdeutlichte Dr. Ulrich Eith (Universität Freiburg). Der SPD gelang es bei der Bundestagswahl 1998, die Neue Mitte der Bürger ohne spezifische Parteiidentifikation für sich zu gewinnen. Wie die SPD-Anhänger zeigten sie sich unzufrieden mit der Arbeitsmarktpolitik der Regierung Kohl und machten den Staat dafür verantwortlich, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Zuwächse bei den Angehörigen der Mittelschicht seien, so Eith, taktisch durch die Propagierung der „Neuen Mitte“ „gut vorbereitet“ gewesen. Dennoch, so der Befund von Andreas Kießling (C·A·P), habe die Neue Mitte die Wähler nicht so sehr durch ihre Inhalte, als durch den Aufbau einer bestimmten Erwartungshaltung überzeugen können. Die Beziehung, welche die Neue Mitte 1998 mit der SPD eingegangen ist, sei daher äußerst fragil. Das in Schröder gesetzte Vertrauen könne ihm jederzeit wieder entzogen werden, wenn er die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt.

Der Dritte Weg sei folglich, so die These von Manuel Fröhlich (Universität Jena), vorwiegend in der Art des „Politik-Machens“ definiert. Der Staat im Dritten Weg begreife sich als Sozialinvestor, der Hilfe zur Selbsthilfe gebe. Die soziale Marktwirtschaft werde mit dem Ziel eines korporatistischen Konsenses rekonstruiert. Unter dem Stichwort der „Teilhabe“ müsse jeder Bürger nach seinen Fähigkeiten die vom Staat bereitgestellten Chancen und Möglichkeiten ergreifen. Der „aktivierende Staat“ organisiere den gesellschaftlichen Konsens, er beschränke sich auf die Organisation und Moderation des gesellschaftlichen Diskurses und seiner Umsetzung.

Ähnlich wie in der Bundesrepublik ist auch in Großbritannien die neue Wählerschaft der Labour Party nicht unauflöslich an Blair gebunden. Gleichzeitig berge die „big tent“-Politik des britischen Premierministers nach den Worten von Prof. Charlie Jeffery (Universität Birmingham) die Gefahr, die Kernwählerschaft des Old Labour zu entfremden. Innenpolitisch gefährde New Labour ihre in der britischen Verfassungsstruktur verankerte Parlementsouveränität zudem selbst, indem es neue Machtzentren (schottisches und walisisches Parlament, Kommunalparlamente) schaffe. Außenpolitisch hingegen entspreche die Europäische Union nicht der Blairschen Vision einer offenen Marktwirtschaft. Die EU müsse daher erst wie Labour reformiert werden, bevor New Labour der Europäischen Währungsunion beitreten könne.



Engagierter Referent: Dr. Heribert Dieter



Dr. Ulrich Eith (links) und Manuel Fröhlich im Tagungsraum des IBZ

Transatlantische Lerngemeinschaften



BERTELSMANN FOUNDATION, GERMAN MARSHALL FUND OF THE UNITED STATES, CENTER FOR APPLIED POLICY RESEARCH:

International Migration in Europe and North America: Policy Recommendations for the new Millennium

Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2000, ISBN 3-89204-495-3., 56 Seiten, kostenlos

Transatlantische Gesellschaften suchen nach neuen Ordnungsideen für die internationale Politik. Parallel dazu vollzieht sich ein innergesellschaftlicher Wandel auf beiden Seiten des Atlantik. Dieser Wandel kann nicht allein dadurch aufgefangen werden, dass die Verbindung zwischen Amerika und Europa über die Reform der klassischen Themenfelder erneuert wird. Aus diesem Grund riefen die Bertelsmann Stiftung, der German Marshall Fund of the United States und die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am C·A·P 1997 das Kooperationsprojekt „Transatlantische Lerngemeinschaft“ ins Leben.

Die Themenstellungen und Problemfelder des Projektes beziehen sich auf Schlüsselfragen der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in den europäischen Staaten und in Nordamerika. Im Mittelpunkt des Konzepts steht der wechselseitige Erfahrungsaustausch und das gezielte Lernen von einander. Eine lösungsorientierte Informationsaufarbeitung und praxisorientierte Politikempfehlungen kennzeichnen die Arbeit der Expertengruppen im Projekt. Dafür wird den transatlantischen Partnern eine Arbeitsstruktur und ein Netzwerk zur Seite gestellt, das den Austausch und die Kooperation erleichtern und „selbstverständlich“ machen soll. Durch das Netzwerk sollen der gedankliche Austausch intensiviert und die kulturellen Verbindungen gestärkt werden. So ergeben sich neue Ansatzpunkte durch die Entwicklung neuer Felder transatlantischer Kooperation sowie neue Gestaltungsoptionen durch adäquate Kooperationsmechanismen und Initiativen. Unter anderem ist die Arbeitsstruktur des Projektes auch darauf ausgerichtet, weitere interessierte Kooperationspartner mit dem Ansatz entsprechenden Themenideen zu integrieren.

Die Transatlantische Lerngemeinschaft verfolgt vier strategische Ziele:

1. Innovation: Intensivierung der innovativen und problemlösungsorientierten Fähigkeiten der transatlantischen Gesellschaften durch den verstärkten Austausch von Ideen und ein dadurch höheres Kreativitätsniveau;
2. Integration: Förderung der politischen Integration durch verstärkte Kommunikation und Abbau der kulturellen und psychologischen Hemmschwellen zwischen den Bevölkerungen;
3. Stabilisierung: Bildung einer transatlantischen Kooperationsbasis auf gesellschaftlicher Ebene, die unabhängig von politischen Interessen- und Machtkonstellationen fortbesteht.
4. Vermittlung: Der Lerngemeinschaftsansatz soll einen großen Kreis von Interessierten und Partnern miteinbeziehen und so eine immer breitere Basis für die transatlantischen Beziehungen bieten.



FRANZ-LOTHAR ALTMANN; JOHN LAMPE (EDS.):

Transatlantic Learning Community. Energy and the Transformation Process in Bulgaria and Romania

Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2000, ISBN 3-89204-451-1, 256 Seiten, kostenlos

In den als Erprobungsphase des neuen Ansatzes angelegten ersten beiden Projektjahren konzentrierte sich die Arbeit in diesem Rahmen auf zwei spezifische Themenfelder, die das Ziel hatten, die Bindungen zwischen den USA und Europa zu erneuern: Erstens Migrationspolitik als innenpolitisches Lerngemeinschaftsfeld; Zweitens Transformationspolitik als außenpolitisches Feld. Dazu wurden zwei Expertengruppen aus Praktikern und Wissenschaftlern gebildet, die unter der Leitung von hochrangigen und kompetenten Co-Chairs Problemstellungen und Regelungsansätze im jeweiligen Themenfeld erarbeitet haben. Beide Arbeitsgruppen haben Abschlusspapiere mit best-practice-Vorschlägen vorgelegt, die beim Verlag Bertelsmann Stiftung erschienen sind (siehe linke Spalte).

Ansprechpartnerin: Nicole Schley, Tel.: 089-490429193; Email: nicole.schley@lrz.uni-muenchen.de

Fortsetzung von Seite 1: Konstellationswandel in Europa

dieses Phänomen verstärken, da jeder Beitritt die potenzielle Koalitionszahl noch erhöhe, warnte Tony Blairs Berater *Roger Liddle*. Daher müssten zunächst die bestehenden Gemeinschaftsinstitutionen auf der Regierungskonferenz 2000 erweiterungsfähig gestaltet werden. Entsprechend weitreichende Vorschläge des C·A·P zu diesem Thema stellte *Josef Janning* vor. Die Regierungskonferenz dürfe nicht zum „Notariat des Wandels“ werden, sondern müsse über die Lösung der drei Amsterdamer „left-overs“ – Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen, Gewichtung der Stimmen im Rat sowie Anzahl der Kommissare – hinausgehen. Vor allem brauche die EU eine „praktikable Flexibilität“, wie auch Kanzlerberater *Michael Steiner* bestätigte. Denn die Differenzierung der Integration wird das tragende Strukturprinzip des künftigen Europa sein. Wenn die europäische Integration nicht auf dem heutigen Integrationsstand verharren soll, ist ein Kern von Staaten nötig, der eine gemeinsame Vision von der Zukunft der EU teilt. Dazu gehört eine effektive Ausgestaltung der Verteidigungsdimension und der internationalen Handlungsfähigkeit.

In diese Richtung denkt auch *Henry Zipper de Fabiani*, stellvertretender Direktor des Planungsstabes des französischen Verteidigungsministeriums, der eine klare Formel für eine glaubwürdige Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) präsentierte: Die Europäische Union muss erstens wissen, was in der Welt und vor allem seiner Nachbarschaft passiert, zweitens entscheiden können, was auf dieser Basis zu tun ist und drittens über die Kapazitäten zur Umsetzung der einmal getroffenen Entscheidung verfügen.

Diejenigen Mitgliedstaaten, die diesem Ansatz folgen wollen, werden den Mittelpunkt der künftigen Integrationsbestrebungen bilden. Letztlich könnte die alte EG-6 durch sich überschneidende Integrationskerne wieder deutlicher hervortreten. Das Konzept der differenzierten Integration darf allerdings nicht im Sinne eines Europa à la carte missverstanden werden. Der Rechtsraum des Binnenmarktes erfordert eine homogene Mitgliedschaft und sollte nicht verwässert werden. Integrationsschritte darüber hinaus werden jedoch nur noch durch Differenzierung möglich sein.

Publikationen des C·A·P zum Thema finden Sie im Internet unter www.cap.uni-muenchen.de Ansprechpartner: Dr. Claus Giering, Tel: 089-490429-117, Email: Giering@bigfoot.com

Politik, Integration und Identität

Im Rahmen des Projekts „Netzwerk Europapolitik an Israelischen Hochschulen“ des C·A·P in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung und der Hebräischen Universität Jerusalem diskutierten europäische und israelische Experten auf einer Fachkonferenz vom 21. – 23. Januar 2000 im Kibbuz Kiryat Anavim bei Jerusalem über Integration sowie die Transformation von Politik und Identität in Europa und Israel. Integration stellt die EU und Israel gleichermaßen vor Herausforderungen.

Der israelische Staat gibt insgesamt 14 Prozent der Haushaltsmittel für die Ansiedelung und Eingliederung der jüdischen Einwanderer aus. Allein seit dem Zerfall der Sowjetunion sind knapp 770.000 Einwanderer aufgenommen worden. Diese massive Immigration prägt nicht nur das kulturelle und politische Leben in Israel, sondern lässt die Diskussion über die jüdische Identität neu entfachen. Europäische Experten legten die europäische Perzeption der Integration und Identität dar. Hierbei spielte die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Wirtschafts- und Währungsunion als Identitätsstifter eine große Rolle. Weiterhin wurde die Problematik des Nationalismus und der Minderheitenkonflikte in Europa diskutiert.



Michael Steiner, außenpolitischer Berater von Bundeskanzler Schröder, bei seinem Vortrag

Die EU muss ihre Entscheidungen auch umsetzen

Einwanderung prägt Kultur und Politik in Israel

Strategiedialog zwischen Europa und dem Nahen Osten



Diskutierten über den Nahost-Friedensprozess: die Teilnehmer der fünften Kronberger Gespräche

Die Beziehungen der Europäischen Union zu den Ländern des südlichen Mittelmeerraums und des Nahen Ostens standen im Zentrum der fünften Kronberger Gespräche vom 7. – 9. Dezember 1999. Der Nahe Osten befindet sich in einer schwierigen politischen und wirtschaftlichen Transformationsphase. Der Nahost-Friedensprozess, neue politische Eliten und die Herausforderungen einer sich globalisierenden Weltwirtschaft erhöhen den Handlungsdruck auf die regionalen politischen Systeme. Die Kronberger Gespräche, organisiert von der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit dem C·A·P, haben sich zu einem Forum entwickelt, das durch seine informelle Atmosphäre einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Verhältnisses zwischen Europa und seiner südlichen Nachbarregion leistet.

Zentraler Ansatzpunkt der europäischen Politik ist die Weiterentwicklung des sogenannten Barcelona-Prozesses, der eine Sicherheitspartnerschaft und eine Mittelmeer-Freihandelszone bis zum Jahr 2010 zwischen der EU und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten einrichten will. Die EU wird sich außerdem auf eine Mittelmeerstrategie im Rahmen ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verständigen. Mittelfristig steht aber auch die Neugestaltung der Beziehungen zur Golfregion auf der politischen Tagesordnung, um so den gesamten nah- und mittelöstlichen Raum an die EU zu binden. Das bei den Kronberger Gesprächen vorgelegte Strategiepapier des C·A·P ist im Internet abrufbar unter:

www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/nahost.html

Runder Tisch der Politischen Bildung in Berlin

Vom 26. – 28. Januar 2000 diskutierten Vertreter aus der politischen Bildung, der internationalen Jugendarbeit und der Politik auf einer Kooperationsveranstaltung der Forschungsgruppe Jugend und Europa und der Europäischen Staatsbürgerakademie in Berlin über Bedingungen und Perspektiven politischer Bildung in einem zusammenwachsenden Europa. Eröffnet wurde die Tagung mit einer programmatischen Rede von Peter Haupt, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend, über Perspektiven politischer Bildung zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Im anschließenden ersten Gesprächsforum diskutierten Vertreterinnen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, der Deutschen Vereinigung für politische Bildung und des Deutschen Bundesjugendringes Herausforderungen an die politische Bildung. Fragen der Finanzierung und Förderung der außerschulischen Bildung standen im Mittelpunkt des zweiten Fachforums mit Vertretern der Bundeszentrale für politische Bildung, der Gesellschaft Europäischer Akademien und des Büros Jugend für Europa. Perspektiven der internationalen Jugendarbeit erörterten Vertreterinnen und Vertreter des Deutsch-Polnischen und des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, der Koordinationsstelle für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Eine prominent besetzte Podiumsdiskussion an der Schnittstelle zwischen politischer Bildung und Politik rundete den intensiven Fachaustausch ab. Gegenwärtig wird eine Dokumentation erstellt. Der Diskurs über Bedingungen der politischen Bildung an der Schnittstelle zwischen nationaler und europabezogener Bildungsarbeit wird im nächsten Jahr fortgesetzt.

Wie soll die außerschulische Bildung finanziert werden?

„Rückkehr nach Europa“ – Ankunft in Kempfenhausen

Das Projekt „Europäische Nachbarschaft“ hat im November 1999 seinen fünfstufigen Zyklus mit dem Auftaktgespräch „Markt und Staat - Die Wirtschaftskultur europäischer Nachbarschaft“ aufgenommen. Praktiker und Wissenschaftler aus Ost und West tauschten ihre Erfahrungen und Einschätzungen der Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Marktwirtschaft aus.

Der Dialog wurde Anfang März 2000 mit der Tagung „Rückkehr nach Europa – die Wiederkehr der Geschichte“ fortgesetzt. Prof. Dr. Paul Lendvai und Dr. Juraj Alner referierten über „Ostmitteleuropas Weg in den Westen“. Vom östlichen und westlichen Standpunkt aus überprüften Prof. Dr. Ferenc Glatz und Dr. Andreas Maislinger die „Aktualität historischer Konfliktlinien“ in Europa. Prof. Dr. Anton Bebler und Dr. Lucio Caracciolo legten Szenarien zur „Konfliktbewältigung im zukünftigen Europa“ vor.

Das C·A·P betreut als wissenschaftlicher Partner den dritten Zyklus der Kempfenhausener Gespräche der HypoVereinsbank. Im Zeitraum von zwei Jahren finden vier themenspezifische Tagungen und ein abschließendes Synthesegespräch statt, um die Dimensionen der Nachbarschaft in einem größeren Europa zu artikulieren und Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Der Teilnehmerkreis setzt sich aus Mitarbeitern der HypoVereinsbank, Vertretern aus allen Bereichen der Gesellschaft und namhaften Wissenschaftlern zusammen. Die Ergebnisse der einzelnen Gespräche veröffentlicht die HypoVereinsbank in einer umfassenden Dokumentation und in den *Kempfenhausener Notizen*. Ein umfangreiches Informationsangebot über die Gesprächsreihe findet sich im Internet unter

www.cap.uni-muenchen.de/nachbarschaft/index.html



„Markt und Staat“: Die Teilnehmer des ersten Kempfenhausener Gesprächs

Europapolitische Bildungs- und Jugendarbeit

Die Europäische Union hat einen Antrag der Forschungsgruppe Jugend und Europa genehmigt, die damit einen offiziellen Zuschuss als Studien- und Forschungszentrum erhält. Mit dem Zuschuss können Veranstaltungen über Themen der europäischen Integration mit dem Fokus auf Jugendliche und ihren Interessen durchgeführt werden.

Die geplante Veranstaltungsreihe soll die Herausforderungen und zukünftigen Entwicklungsperspektiven der europapolitischen Bildungs- und Jugendarbeit präsent machen und zu gemeinsamen Handlungsstrategien führen. Die relevanten Träger der Jugend- und Bildungsarbeit werden zusammengeführt und können sich über Erfahrungen und mögliche Felder der Kooperation austauschen. Außerdem soll der Blick für die europarelevanten Aspekte der Jugend- und Bildungsarbeit geschärft werden.

In der Auftaktveranstaltung wird eine Bestandsaufnahme der europäischen Jugend- und Bildungsarbeit und deren Finanzierungsbedingungen geleistet. Daran schließen sich zwei Fachkonferenzen zu den Themen Gesamteuropa und Jugendarbeitslosigkeit an. Zum Abschluss werden Einstellungen Jugendlicher zu Europa vorgestellt und die zukünftigen Anforderungen an eine europaorientierte Bildungs- und Jugendarbeit diskutiert.

Weitere Informationen bei: Dr. Barbara Tham, Tel.: 089 - 490429-157; Email: B.tham@lrz.uni-muenchen.de

**Kooperation mit
der EU-Kommission**

Bürokratische Regime im Gespräch

Bedingungsfaktor für internationale Kooperation

Kommunikation und Kooperation von Bürokratien in zwischenstaatlichen Entscheidungsprozessen standen im Mittelpunkt von drei Expertenkolloquien am C·A·P. Auf Einladung der Forschungsgruppe Deutschland diskutierten die Teilnehmer mit den Gästen Prof. Dr. Helga Haftendorn von der Freien Universität Berlin, Dr. Christian Tietje vom Walter-Schücking-Institut für Internationales Recht an der Christian-Albrechts-Universität Kiel und Prof. Dr. Wolfgang Wessels von der Universität Köln die bisherigen Ergebnisse des Forschungsprojektes „Bürokratische Regime im Prozeß der deutschen Einheit“.

Wie ein roter Faden zog sich der Befund durch alle drei Gesprächsrunden, dass die zunehmenden Verflechtungen und die wachsende Kompliziertheit politischer Sachfragen zu einer Auffächerung internationaler Entscheidungsprozesse geführt haben. Eine der Folgen dieser Entwicklung ist auch in Bereichen der „high politics“ die wachsende Bedeutung und der erweiterte Handlungsspielraum von Bürokratien als Problembearbeitungsinstanzen. Diese besonders in den Beziehungen unter westlichen Demokratien identifizierbaren Phänomene der Verflechtung und Differenzierung sind charakterisiert als auf Dauer angelegte, aus formalisierten und informellen Komponenten bestehende, zwischenstaatliche Kommunikations- und Kooperationsstrukturen. Derartige bürokratische Interaktionsmuster können mit ihrer Eigendynamik als intervenierende Variable zwischen den Beziehungen auf der politischen Leitungsebene einerseits und den Politikergebnissen andererseits eine substantielle Wirkung entfalten. Sie sind in diesem Sinne als bürokratische Regime ein weiterer Bedingungsfaktor für Kooperation in den internationalen Beziehungen.

Ausgezeichnete Toleranzerziehung



Prof. Dr. Werner Weidenfeld nimmt für die Bertelsmann Stiftung den Preis der Anti-Defamation-League (ADL) entgegen. Die Bertelsmann Stiftung wurde auf der Jahrestagung der ADL in Atlanta für ihr Engagement in der Toleranzerziehung ausgezeichnet. Auf dem Foto von links nach rechts: Abraham H. Foxman (National Director der ADL), Werner Weidenfeld (Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung), Lucille S. Kantor (International Chair des A World of Difference-Institutes) und Howard P. Berkowitz (National Chairman der ADL).

Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Direktor des C·A·P, wurde für die kommenden drei Jahre zum Mitglied der Versammlung der Kuratoren des Instituts für Europäische Politik in Bonn gewählt.

Josef Janning, stellvertretender Direktor des C·A·P, wurde in das Editorial Board des *Challenge Europe* Public Policy Journal, Brüssel berufen.

Nicole Schley wurde zum „Member of the Editorial Board“ der Civil Society Section des Transatlantic Information Exchange Service (TIES) berufen.

Einheit durch Freiheit

Die Ostdeutschen haben ihre Freiheit nicht durch die deutsche Einheit erlangt. Sondern umgekehrt wurde die deutsche Einheit nur möglich durch die friedliche Revolution in der DDR. Diesen Perspektivenwechsel rückte der letzte Außenminister der DDR, Markus Meckel, bei einem von der Forschungsgruppe Deutschland initiierten Gastvortrag zum Thema „Außenpolitik für die deutsche Einheit – die demokratische DDR-Regierung als Akteur“ in den Mittelpunkt.

Nach einem Empfang am C·A·P referierte Meckel in der Vorlesung von Prof. Weidenfeld „Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland“ in der Ludwig-Maximilians-Universität München. Dabei eröffnete der Bundestagsabgeordnete den Studenten durch seinen Insider-Bericht einen spannenden Einblick in die Außenpolitik der letzten DDR-Regierung. Das von Meckel geführte Außenministerium startete durchaus eigene Initiativen im „2+4“-Prozess, die vor allem vor dem Hintergrund sowjetischer und polnischer Interessenlagen zu sehen sind. Erfolg blieb ihnen jedoch verwehrt. Als Ursache dafür führte Meckel zwei Gründe an: Zum einen musste eine auf dem internationalen Parkett völlig unerfahrene Mannschaft die Außenpolitik gestalten. Zum anderen war der Westen nicht bereit, die Regierung des „Auslaufmodells DDR“ als eigenständigen Akteur anzuerkennen. Dennoch sei die Einheit ein auch von den Ostdeutschen selbstbestimmter Vorgang gewesen. Die Anerkennung dieses Aspekts könne den Grundstein für eine gemeinsame deutsche Identität legen.



Markus Meckel und Prof. Dr. Weidenfeld im Foyer des CAP

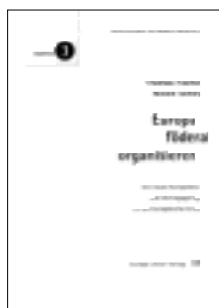
Nationale Identität stellt sich der deutschen Geschichte

Auf Einladung der Forschungsgruppe Deutschland stellte Dr. Harro Honolka von der Universität München die Ergebnisse seines Forschungsprojektes „Deutsche Identität und das Zusammenleben mit Fremden“ zur Diskussion. Als Fazit der explorativen Studien, in denen 40 Personen aller Altersgruppen und sozialen Schichten interviewt wurden, formulierte Honolka fünf Thesen: 1. Die deutsche Identität habe sich als äußerst ambivalent erwiesen, die Kritik an als „deutsch“ definierten Lebensnormen gehe mit der Empfindlichkeit gegenüber einem allzu nationalistischen Auftreten anderer Staaten einher. 2. Es sei ein hohes Maß an Reflektiertheit über die eigene Identität festzustellen gewesen. „Irritiertes“ und vorsichtiges Sprechen zeugten von dem Bewußtsein einer spezifischen, historisch geprägten Verantwortung als Deutscher. 3. Deutsche Identität sei vornehmlich durch erwerbbar Merkmale definiert, es sei eine offene Identität fern jeden historischen Stolzes auf die eigene Nation. 4. Die deutsche Identität sei im Lebenslauf aufgrund räumlicher Mobilität, Partnerschaften, politischen Umwälzungen und einer zunehmend globalisierten Wahrnehmung starken Veränderungen unterworfen. 5. Die Identitäten seien von den Befragten stets rekonstruierbar gewesen, die nationale Identität sei gepaart mit anderen Teilidentitäten, keinesfalls jedoch dominant.

Die intensive Diskussion thematisierte vor allem die Konsequenzen für das Zusammenleben zwischen Deutschen und Fremden. Insbesondere wurden die unterschiedlichen Identitätsschichtungen und Geschichtsbewusstseinslagen zwischen West- und Ostdeutschen hinterfragt. Insgesamt lassen zwar die gefundenen Ergebnisse Hoffnung für ein positives Zusammenleben aufkeimen, andererseits könnte ein seit der Wiedervereinigung zu beobachtender „unverkrampterer“ Umgang mit der eigenen Geschichte das Aufleben eines deutschen Nationalstolzes einleiten.

Verantwortung gegenüber Fremden

Europa föderal organisieren



THOMAS FISCHER/NICOLE SCHLEY:
Europa föderal organisieren.
Ein neues Kompetenz- und
Vertragsgefüge für die Euro-
päische Union

Europa Union Verlag, Bonn 1999,
ISBN 3-7713-0581-0, 336 Seiten,
49,90 DM

Die Perspektive des Beitrittes der mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Maltas und Zyperns erzeugt dringenden Reformbedarf für die Europäische Union. Galt in der bisherigen Debatte das Interesse vor allem der Behebung der institutionellen und prozeduralen Defizite auf europäischer Ebene, so sind inzwischen auch Forderungen nach einer klareren Kompetenzverteilung zwischen nationaler und europäischer Ebene artikuliert worden. Von der Sicherung der Arbeitsteilung, der Handlungsfähigkeit und der Akzeptanz der Europäischen Union hängt es ab, ob diese der Herausforderung des großen Europas gerecht werden kann.

Angesprochen ist damit vor allem der dringende Bedarf einer klar verständlichen und knapp gefassten europäischen Vertragsverfassung. In deren Mittelpunkt muss eine transparente Kompetenzordnung stehen, die dem Unionsbürger eine klare Zurechenbarkeit politischer Verantwortung erlaubt und zugleich die Zuweisung von Handlungsbedürfnissen an die regionale, nationale und europäische Ebene primär von der Frage höherer politischer Problemlösungsfähigkeit abhängig macht.

Mit ihrer Studie verdeutlichen Thomas Fischer und Nicole Schley die Relevanz einer grundlegenden Umstrukturierung des europäischen Vertragswerkes für das künftige Integrationsgeschehen. Gestützt auf eine Analyse aller EU-Politikbereiche erstellen sie einen tabellenförmigen Kompetenzkatalog, der auf der Unterscheidung zwischen mitgliedstaatlichen bzw. europäischen Primär- und Partialkompetenzen beruht. Die Studie basiert auf den Ergebnissen des Forschungsprojektes „Europa föderal organisieren“, das in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München durchgeführt wurde.

Europa erleben



RUBEEN ESMAIL-ARNDT/FLORIAN
POLENZ/BARBARA THAM:
Europa erleben. Internationale
Seminarreihe für die Jugend-
arbeit

München 1999, ISBN: 3-933456-
05-3., 117 Seiten., 15 DM

Die Publikation dokumentiert eine internationale Seminarreihe, die gemeinsam vom Bayerischen Jugendring und der Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P initiiert und unter anderem durch das Programm Jugend für Europa unterstützt worden ist. Die vier durchgeführten Seminare richteten sich an Fachkräfte und Multiplikatoren der internationalen Jugendarbeit aus Italien, Spanien, Deutschland und der Tschechischen Republik. Im Mittelpunkt stand das Thema Europa, das mit jugendrelevanten Methoden in der internationalen Begegnungsarbeit umgesetzt wurde.

Bei allen Seminaren stand der Praxisansatz: „Was heißt dies nun für die internationale Jugendarbeit?“ und die Methodenfrage: „Wie kann ich Europa anschaulich vermitteln?“ im Vordergrund. In der Dokumentation werden zunächst die Planung und Organisation sowie allgemeine Erfahrungen bei der Durchführung der EU-Seminare dargestellt.

Daran anschließend werden die vier Seminare vorgestellt. Dabei wird exemplarisch auf die Inhalte und Methoden eingegangen, die besonders charakterisierend für die Seminare waren. Die dargestellten Programme, Inhalte und Methoden sollen als Anregung und Beispiel dienen, wie Europa in der internationalen Jugendarbeit thematisiert werden kann. Die einzelnen Programmbestandteile können jedoch in vielfältiger Weise zu Tagesangeboten, Wochenendseminaren oder Europäischen Jugendwochen zusammengestellt werden und sind damit ganz flexibel einsetzbar. Auch hinsichtlich der Zielgruppe lassen sich die einzelnen Angebote in ihrem Schwierigkeitsgrad variieren und sowohl für Multiplikatoren als auch direkt für Jugendliche einsetzen.

Jugendarbeitslosigkeit in der EU

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Europa stellt eine der größten Herausforderungen dar, mit der sich die Politik heute konfrontiert sieht. Angesichts der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und der komplexen Zusammenhänge greifen einfache Lösungen zu kurz. Vielmehr müssen mehrdimensionale Ansätze verfolgt werden, um Jugendlichen wieder eine Chance auf dem Arbeitsmarkt und damit eine Perspektive für ihre Lebensgestaltung zu geben. Hierbei ist auch die Europäische Union gefordert, ihren Anteil zur Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit beizutragen.

Die Untersuchung von Barbara Tham zielt auf den durch die Jugendarbeitslosigkeit hervorgerufenen Handlungsbedarf auf europäischer Ebene. Dazu wird das Problem der Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich analysiert und mit der Politik der EU sowie den Einstellungen und Erwartungen der Jugendlichen in Beziehung gesetzt. Im Zentrum der Arbeit steht die Fragestellung, inwieweit das Selbstverständnis der EU-Politik im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit der Problemwahrnehmung der Jugendlichen entspricht.



BARBARA THAM (HRSG.):
Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union. Integration oder Maginalisierung?
 Europa Union Verlag, Bonn 1999,
 ISBN 3-7713-0570-5., 227 Seiten, 42,80 DM

Fluchtburg Europa

Auf der Grundlage eines praxisorientierten Ansatzes macht die Reihe „Materialien der Forschungsgruppe Jugend und Europa“ politische Themen von aktueller Bedeutung für die Jugendbildungsarbeit zugänglich. Die Materialien sind sowohl thematisch als auch methodisch-didaktisch auf die Bedürfnisse und Anforderungen der politischen Bildung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen abgestimmt.

„Fluchtburg Europa? – Asylpolitik in einem zusammenwachsenden Europa“ besteht aus drei unterschiedlich angelegten Planspielen, die sich mit Fragen der Asylpolitik in Deutschland, des Kirchenasyls und einer europäischen Asylregelung beschäftigen. Die Teilnehmer treffen spielerisch auf der Basis von Rollenprofilen politische Entscheidungen, zum Beispiel als Vertreter einer Partei, Abgeordneter des Europäischen Parlamentes, Ministerin oder als Mitglied der Kommission.

Sie verinnerlichen die Problemlagen einzelner Akteure und entwickeln so ein besseres Verständnis für die damit zusammenhängenden Interessen und Entscheidungen der beteiligten Akteure. Politik wird erlebbar.



ANJA EDELHÄUSER/STEFAN RAPPEN-
 GLÜCK/MARK SCHÜRMEYER:
**Fluchtburg Europa. Asylpolitik
 im zusammenwachsenden
 Europa**
 München 1999, ISBN 3-93356-
 06-1., 332 Seiten, 30 DM

Toleranz

Was ist Toleranz? Wo verläuft die Grenze der Toleranz und welches Verhalten scheint angemessen, wenn diese Grenze erreicht ist? Die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik hat in ihrem Projekt „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ eine praxisorientierte Definition erarbeitet, die Toleranz als eine Maxime beschreibt und drei Kriterien zu ihrer Bestimmung und Abgrenzung vorstellt.

Die Darstellung notwendiger Kompetenzen sowie der Konsequenzen von Intoleranz, scheinbarer Toleranz und Toleranz soll für eine Pädagogik ohne moralischen Zeigefinger im Rahmen der schulischen und außerschulischen politischen Bildung werben. Die didaktischen Schlussfolgerungen für die Entwicklung eines Bildungskonzepts werden schließlich anhand eines Vier-Schritte-Modells erläutert. Die Autoren wollen mit diesem Themenheft einen Impuls zur weiteren kritischen Auseinandersetzung mit dem Begriff Toleranz und seiner Bedeutung für die Bildung in einer demokratischen Gesellschaft anregen.



BERTELSMANN FORSCHUNGSGRUPPE
 POLITIK (HRSG.):
**Toleranz - Grundlage für ein
 demokratisches Miteinander**
 Verlag Bertelsmann Stiftung,
 Gütersloh 2000, ISBN 3-89204-
 843-6, 38 Seiten, kostenlos

14. – 16. April 2000

Kooperationstagung der Hanns-Seidel-Stiftung und der FG Deutschland zum Thema „Aufstieg und Fall von Regierungen – Machterwerb und Machterosion im Ländervergleich“ im Kloster Banz

3. – 4. Mai 2000

Europäische Jugendveranstaltung mit dem Landtag Rheinland-Pfalz, dem Europa-Haus Marienberg und europäischen Regionen

4. – 5. Mai 2000

Jugendgipfel für Europa in Saarbrücken mit der Staatskanzlei des Saarlandes

24. – 26. Mai 2000

Promoting a regionalist future: The US and the EU and the dynamics of regionalism in the Pacific Rim. Round Table des C·A·P und des Pacific Council on International Policy, Los Angeles

24. – 27. Mai 2000

Deutsch-niederländische Fachkonferenz zum Thema „Jugend und Partizipation“ in Freiburg veranstaltet von der FG Jugend und Europa

7. – 10. Juni 2000

Forum „Decision Makers 2010“ in Honkong

C·A·PANORAMA

erscheint vierteljährlich und wird herausgegeben vom
Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
Maria-Theresia-Straße 21
81675 München
Tel.: 089/4904290, Fax: 089/490429-29
Email: cap.office@lrz.uni-muenchen.de
http://www.cap.uni-muenchen.de
Druck: Bartels&Wernitz Offset Druck, Friedenstr. 4,
81671 München
V.i.S.d.P.: Josef Janning
Layout und Redaktion: Bernd Oswald
Schlussredaktion: Eva Feldmann, Roman Maruhn,
Bernd Oswald

Ein Jahr Euro: Innen stabil, aussen labil

Von Holger B. Friedrich

Im Januar feierte der Euro seinen ersten Geburtstag. Die Bilanz nach dem ersten Jahr Gemeinschaftswährung lautet: nach innen stabil, nach aussen labil. Ist einerseits der niedrige Stand der Preissteigerung (durchschnittlich 1,3 Prozent für 1999) erfreulich, so betrübt andererseits der Verfall des Außenwertes gegenüber Yen und US-Dollar. Zwar ist diese Entwicklung des Außenwertes besorgniserregend, weil sie die europäische Öffentlichkeit beunruhigt, sie hat aber nur wenig mit rationalen Gesichtspunkten der Geldpolitik zu tun. Letztere war, über 1999 bilanziert, ein Erfolg. Vor allem wenn man sich den lautlosen, planmäßigen Übergang in die Währungsunion und die innen- und außenpolitischen Turbulenzen in Erinnerung ruft – Rücktritt Lafontaines und der Kommission sowie Kosovokrieg – die den jungen europäischen Währungsraum belasteten. Die EZB hat sich im ersten Jahr ihres Bestehens als Garant von Preisstabilität etabliert und erfolgreich ihre „Zwei-Säulen-Strategie“ eingeführt. Zudem ist die integrationspolitische Bedeutung des Euro nicht zu verachten, da der Euro zu monetärer, fiskaler sowie realwirtschaftlicher Konvergenz geführt hat.

In Zukunft wird sich der Erfolg des Euro aber nicht nur an quantifizierbarer Konvergenz messen lassen, sondern auch an dessen Beitrag zu verstärkter europäischer Identität und Solidarität. Nicht zuletzt fußt auf diesen beiden Werten der Bestand der europäischen Integration. Will die EU die Katalysatorfunktion des Euro dahingehend unterstützen, wird sie in mehrfacher Hinsicht gefordert sein. Erstens sollte sie gemäß der Empfehlung der Europäischen Kommission über die Grundzüge einer Gemeinsamen Wirtschaftspolitik den Cardiff-Luxemburg-Köln-Prozess weiter vertiefen. Dazu müssen verbindliche Grundregeln zur Koordinierung geschaffen werden. Zweitens muss sie die Mitgliedstaaten zu Strukturreformen ermahnen, da angesichts niedriger Mobilität eine dauerhafte Funktionsfähigkeit der Währungsunion wohl eher über eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte zu erzielen sein wird. Drittens ist es nötig, den Binnenmarkt im Interesse der gemeinsamen Währung zu vollenden, um die strukturellen Voraussetzungen für ein optimales Funktionieren des Gemeinsamen Marktes zu gewährleisten. Viertens schließlich ist ein institutioneller Mechanismus zu finden, um die enormen Wohlstandsdisparitäten insbesondere im Falle unvorhersehbarer (Konjunktur-) Schocks zu dämpfen.

Diese Maßnahmen beleuchten primär die Binnenfolgen des Euro. Unabhängig davon wird über kurz oder lang auch die Außendimension der politischen Konsequenzen der Gemeinschaftswährung ins Blickfeld rücken. Beispielsweise entspricht die derzeitige Vertretung des Euro-Raumes nicht den Statuten der Bretton-Woods-Institution IWF oder des G7/8-Treffens. In Bezug auf die durch den Euro wirtschaftspolitisch evident gewordene globale Verantwortung, muss Europa auch einen Beitrag leisten, das globale Finanzsystem in Abstimmung mit den USA und Japan zu reformieren.

Dieser Maßnahmenkatalog zeigt den Pfad mittelbarer und unmittelbarer Eurofolgen auf, deren Erfüllung die Währungsunion um Facetten der Politischen Union ergänzen würde. Die für den Erhalt der Handlungsfähigkeit der großen EU erforderlichen institutionellen Reformen dürfen keinesfalls ausbleiben, denn sonst könnte die Glaubwürdigkeit des Euro erodieren. Erfolg und Misserfolg des Euro hängen insofern nicht zuletzt vom Erfolg der vertieften Integration Europas ab.

Der Verfasser ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am C·A·P